

## Das neue Schuljahr beginnt mit neuen Sorgen

### Der Verband Reale Bildung befürchtet eine Zunahme an Unterrichtsausfällen und Motivationsverlusten

Der Verband Reale Bildung (VRB) blickt mit Sorge auf das kommende Schuljahr 2022/2023. Die Unterrichtsversorgung an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sei unzureichend. Die in Kürze publik werdenden amtlichen Zahlen würden den aktuellen Unterrichtsausfall bestätigen, prognostiziert der VRB. Der statistische Wert bilde jedoch nicht die Wirklichkeit ab, erklärt Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Denn diese Zahl erfasse nicht den zusätzlichen Unterrichtsausfall, der durch Krankheiten, Schwangerschaften, Elternzeiten oder Schulveranstaltungen entstehe.

Die Schulen beklagen nahezu flächendeckend das Fehlen einer ausreichenden Anzahl an Lehrkräften. Der VRB führt dieses Defizit auch auf ein jahrelanges Versäumnis der Landesregierung zurück, eine effektive und Erfolg versprechende Anwerbung für das Lehramt an Realschulen plus in Gang zu bringen. Schließlich sei der Lehrerberuf auch in der Öffentlichkeit nicht attraktiver geworden. Die Rahmenbedingungen in den Schulen hätten sich nicht verbessert. Die Belastungen, die den Lehrerinnen und Lehrern auferlegt worden seien, hätten das Limit längst überschritten. Corona, Homeschooling, Integration geflüchteter Kinder und Jugendlichen aus unterschiedlichen Ländern, Sprachbarrieren, Erlahmung des Digitalisierungsprozesses seien nur einige der Faktoren, die neue und zusätzliche Aufgaben für die Schulen nach sich zögen, so der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler. Mit dem aktuellen Personalstand seien diese gewaltigen Herausforderungen nicht mehr zu bewältigen. Bereits vor den Krisenzeiten – Corona, Kriegsgeschehen und deren Folgen – habe der VRB auf die hohe Unterrichtsverpflichtung und die großen Klassen immer wieder hingewiesen. Dass die Umsetzung dieser notwendigen Maßnahmen in der Vergangenheit versäumt wurde, wirke sich jetzt verstärkt negativ aus. Die pädagogische Situation habe sich insgesamt verändert, der Verlust an Motivation und Kraft sei allenthalben spürbar. Der VRB fordert die Landesregierung auf, alle Ressourcen zu mobilisieren, um den eklatanten Mangel an Lehrkräften und Unterstützungspersonal zu reduzieren. „Will die Landesregierung kurz- und mittelfristig Lehrkräfte behalten und zudem neue gewinnen, dann muss sie auch deren Besoldung in den Blick nehmen und finanzielle Anreize schaffen“, so Verbandschef Lichtenthäler.